blickpunkt
486 6/2011
www.dkp-mw.de
Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Gesundheit darf kein Luxus werden!

Für mehr Gerechtigkeit und Solidarität im Gesundheitswesen

Unter diesem Motto fand dieser Tage in Weiterstadt eine Diskussionsveranstaltung statt. Eingeladen hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die IG BAU und der Sozialverband VdK.

Hans-Jürgen Kraft, Bezirksvorsitzender des VdK Darmstadt, meinte: *„Die Versicherten und Kranken werden mit der allgemeinen Beitragserhöhung, dem Sonderbeitrag, Leistungskürzungen, Zuzahlungen, Zusatzbeiträgen und der Kopfpauschale massiv zur Kasse gebeten, die Arbeitgeber werden entlastet“.*

Kraft machte deutlich, dass die Gesundheitspolitik der letzten 30 Jahre in die falsche Richtung ging: *„Es ist höchste Zeit, gemeinsam für mehr Gerechtigkeit und Solidarität im Gesundheitswesen zu kämpfen“.*

Gewerkschaftssekretär Horst Raupp betonte, dass die Gesundheitspolitik von CDU und FDP *„eine Kampfansage an die 72 Millionen gesetzlich Versicherten ist“.* Sollte die Bundesregierung ihre Pläne durchsetzen können, *„wird die jetzt schon erhebliche Schieflage im Gesundheitswesen zu einer richtig dicken Belastungswelle für 90 % der Bevölkerung“.*

Insbesondere die Kopfpauschale sei eine Umverteilungsmaschine zugunsten der Arbeitgeber und der privilegierten Oberschicht: *„Die Krankenkassenbeiträge für kleine und mittlere Einkommen werden massiv nach oben getrieben, für die große Masse der Bevölkerung wird das Gesundheitswesen teuer und schlechter, die Privatisierung wird vorangetrieben, der Marsch in eine Mehrklassen-Medizin wird deutlich verschärft“.*

Raupp forderte die Wiederherstellung der vollen paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesens durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Einführung der Solidarischen Bürgerversicherung: *„Hohe Einkommen und Kapitaleinkünfte müssen endlich zur Finanzierung des Gesundheitswesens herangezogen werden. Damit wird eine stabile und gerechte Finanzierung erreicht, die Lasten werden gerechter verteilt, die Krankenkassenbeiträge für kleine und mittlere Einkommen können deutlich gesenkt und die Zuzahlungen und Zusatzbeiträge einschließlich der Praxisgebühr abgeschafft werden“.*

Der DGB-Ortsverbandsvorsitzende Friedrich Moter forderte *„die Abschaffung der unsozialen Beitragsbemessungsgrenze“* und betonte: *„Die Gesundheitsversorgung darf nicht vom Geldbeutel der Patienten abhängen. Jeder Mensch muss unabhängig von seinem Einkommen und seinem Alter die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten“.*

Die Auswüchse dieser ungerechten und unsozialen Gesundheitspolitik, die schon unter den SPD/Grünen- und CDU/SPD-Regierungen in Berlin begonnen hat, werden immer mehr sichtbar. Auch von Patienten aus unserer Stadt hört man immer öfter Klagen über das Verhalten einiger Ärzte. Da werden die sog. IGel-Leistungen, also Leistungen der Vorsorge- und Service-Medizin angeboten,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

die aber von der gesetzlichen Krankenkasse nicht bezahlt werden. Dafür stellen Privatfirmen wie die MEDWell AG den Ärzten Informationsmaterial sowie Organisationshilfe zur Verfügung wie sie Patienten aktiv ansprechen - sprich bewerben - für Leistungen, die Cash zu bezahlen sind.

Untersuchungen gemäß IGel:

Knochendichtemessung zur Feststellung der gefürchteten Osteoporose, Preis ca. 45,- Euro, Augeninnendruckmessung zur Früherkennung des Grünen Stars ca. 20,- Euro, PSA-Untersuchung zur Vorsorge gegen Prostatakrebs ca. 30,- Euro.

Auch Beispiele von Verkaufsangeboten in Praxen werden genannt:

Infusionen oder Spritzen bei Knieschmerzen - Preis zwischen 40,- und 300,- Euro, Kühl-Binden für entzündetes Knie 20,- bis 50,-Euro u.s.w.

Da wird in der Gesundheitssendung „Visite" im NDR am 17. 5. 2011 berichtet, dass wegen der Fallpauschale viele Krankenhäuser ihre Patienten immer früher nach Hause bzw. in Reha schicken. So seien Patienten nach einer Hüftoperation in der Regel 17 Tage im Krankenhaus verblieben und würden heute oft noch vor dem 12. Tag, manchmal noch vor dem Ziehen der Fäden, entlassen. In der Reha können sie deshalb oft eine Woche nicht an den Reha-Maßnahmen teilnehmen.

Die Vorfälle häufen sich. Durch die Budgetierung in den Arztpraxen und die Fallpauschalen in den Krankenhäusern kann in der Kassenmedizin nur noch eine Behandlung angeboten werden, die hinter den medizinischen Möglichkeiten zurück bleibt.

Die schon länger bekannte Feststellung: *„Weil du arm bist, musst du früher sterben"* tritt deutlicher zu Tage.

Wehren wir uns dagegen!

Heinz Hechler

blickpunkt

Besuchen Sie uns im Internet
www.dkp-mw.de

Kundgebung des DGB am 1. Mai 2011

Der Mairedner Heinz Klee von der IG-Metall-Ortsverwaltung Frankfurt zum Thema Gerechtigkeit: *„Während Kinder aus Hartz-IV-Familien mit weniger als zwei Euro Essensgeld am Tag auskommen müssen, verdienen deutsche Vorstandsvorsitzende im Durchschnitt 11.000 Euro am Tag."*
Der Dritte-Welt-Chor aus Frankfurt war zum zweitenmal Gast im Bürgerhaus und erhielt viel Beifall.
Die örtliche SPD war bis auf wenige Mitglieder nicht anwesend. Sie machen zur Zeit ihr eigenes „Maifest" in Walldorf. Im nächsten Jahr sollte man Doppeltermine vermeiden.

Freundeskreis Städtepartnerschaft feierte 25. Geburtstag

Zahlreiche Gäste aus den Partnerstädten waren zum 25. Geburtstag des Vereins gekommen. Es war ein wunderschönes Fest. Geehrt wurden vier Gründungsmitglieder des Freundeskreises: Arnhild Pons, Eliane Creter, Helga Schwarz und Roger Fischbach. Landrat Thomas Will würdigte die Vorsitzende Monique Schmitt für langjähriges Engagement im Freundeskreis mit der Überreichung des Ehrenbriefs des Landes Hessen. Zum Jubiläum gratulierten auch die Bürgermeister der drei Partnerstädte Loïc Gachon aus Vitrolles, Geert van Rumund aus Wageningen und Claudio Bertalot aus Torre Pellice.

Erinnerung an Otto Ortweiler

Der vorläufig letzte Stolperstein in der Doppelstadt wurde für Otto Ortweiler verlegt. Wolfgang Hoffmann, er lebt heute in dem Haus in der Farmstraße 24, übernahm die Patenschaft für den Gedenkstein. Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf hatte im Sommer 2005 auf Initiative der DKP/LL-Fraktion beschlossen, Stolpersteine gegen das Vergessen in der Doppelstadt zu verlegen. Treibende Kraft bei diesem Projekt wurde in unserer Stadt Hans-Jürgen Vorndran, Vorstandsmitglied des Fördervereins jüdische Geschichte und Kultur.
Der Kölner Künstler Gunter Demnig will mit den Stolpersteinen, auf denen die Namen von NS-Opfern stehen, Menschen wieder personalisieren, nachdem sie in den Konzentrationslagern zu Nummern reduziert wurden.

KOMMUNALES

Fraport im Präsidium bestens vertreten

Zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers hatte die SPD ihren langjährigen Fraktionsvorsitzenden Werner Schmidt vorgeschlagen. Die DKP/Linke Liste hatte zu diesem Tagesordnungspunkt Aussprache beantragt, die erst nach einigem Hin und Her aufgerufen wurde.
Gerd Schulmeyer erklärte für die DKP/LL, dass es der SPD als stärkster Fraktion unbenommen sei, einen Vorschlag zu machen, machte allerdings u.a. darauf aufmerksam, dass Werner Schmidt in den vergangenen Jahren regelmäßig die Sitzung verlassen habe, wenn Anträge gegen den Flughafenausbau aufgerufen wurden. Das sei für den „ersten Bürger" einer Stadt, die im Interesse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner auch in Zukunft Auseinandersetzungen mit dem Nachbarn Fraport zu führen haben wird, ein bedenkliches Signal. Dazu wäre von der SPD und noch mehr von den Grünen als ihrem Koalitionspartner ein klärendes Wort vor der Wahl zu erwarten gewesen - auch deshalb, weil die von SPD und CDU als stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Vorgeschlagenen in der Vergangenheit regelmäßig „Befangenheit" geltend machten.
Die Grünen haben sich in unserer Stadt über Jahre als die einzigen wirklichen Flughafengegner aufgespielt und dabei unter anderem am früheren Stadtverordnetenvorsteher Kurt Oeser kein „gutes Haar" gelassen. Kritik an Werner Schmidt war von den Grünen nicht zu hören.

Weiter so?

Klaus Müller (SPD) ist nicht mehr im Stadtparlament - sein „Geist" weht aber offenbar weiter. Zum Jahrestag des „Mauerbaus" lädt die Stadt auf Antrag von SPD und Grünen am 13. August zu einer „Zonengrenzfahrt". Abweichend vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der ca. 15,- Euro Eigenbeteiligung vorsah, sucht der Stadtverordnetenvorsteher jetzt Mitreisende für 10,- Euro. Beschlüsse wie dieser werden schnell bearbeitet. Der Beschluss vom Dezember, die Gesundheitskommission einzuberufen, um die ärztliche Versorgung in unserer Stadt zu erörtern - ein Antrag der DKP/LL - ist bis heute nicht umgesetzt. SPD und Grünen sind andere Themen wichtiger.

Zum Thema „Point Alpha" sagte Gerd Schulmeyer u.a.:
SPD und Grüne machen mit ihrem Antrag „Bildungsfahrt zum „Point Alpha" am 13. August 2011" deutlich, dass sie auch in der neuen Wahlzeit der CDU die besten Plätze in den Schützengräben des kalten Krieges streitig machen wollen.
Dieser Tage habe ich in den biographischen Erinnerungen von Jupp Angenfort geblättert, der als westdeutscher Kommunist in der 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts verfolgt und mehrfach inhaftiert war. Die Hauptvorwürfe gegen ihn waren „Eintreten gegen die Remilitarisierung und für die Wiedervereinigung Deutschlands". Das gibt einem zu denken!
Nach dem Verbot von FDJ und KPD in der BRD, das auch viele Bürgerinnen und Bürger der damals noch selbstständigen Gemeinden Mörfelden und Walldorf traf und über die heute keiner reden will, war der „Kalte Krieg" in vollem Gange. „Antikommunismus" war Staatsdoktrin.
Wir haben nicht den Eindruck, dass die Antragsteller und die Betreiber der Gedenkstätte „Point Alpha" ein Interesse daran haben, die treibenden Kräfte des kalten Krieges in unserem Land und die Hintergründe ihres Handelns in dieser Zeit beim Namen zu nennen. Den Betreibern - vorneweg die CDU-geführten Landesregierungen von Hessen und Thüringen und ihre „Landeszentralen für politische Bildung" - geht es zum Beispiel bei der Verleihung des „Point-Alpha-Preises" offensichtlich darum, die Sieger im „Wettrüsten" zu feiern und die ehemals „Sozialistischen Länder" - vor allem die „beigetretene" DDR - als Diktaturen und Verbrecherstaaten an den Pranger zu stellen.
Gerade in Zeiten der Krise soll im wiedervereinigten Deutschland ja keiner auf die Idee kommen, nach antikapitalistischen Alternativen zu suchen. Die deutliche Botschaft ist: „Links" ist eine Bedrohung und kriminell! Das halten wir für nicht hinnehmbar.
Insofern sehen wir im vorliegenden Antrag keine „Ergänzung" zu den Bemühungen, aus der örtlichen Geschichte zu lernen.
Wir lehnen ihn ab.

Wer interessiert sich für Parlamentsarbeit?

Infos: www.dkp-mw.de
GerdSchulmeyer@gmx.de

Die neue Stadtverordneten-Fraktion der DKP/Linke Liste
v. links: Dietmar Treber, Helga Fritz, Leo Spahn, Gerd Schulmeyer (Vorsitzender)

Überschriften in der „Frankfurter Rundschau" am 12. Mai 2011

Wir alle spüren es „Das Leben wird teurer". Die Inflationsrate im April 2,4%. So hoch wie seit Oktober 2008 nicht mehr. Allein Mineralölprodukte sind rund 15% teurer als vor einem Jahr, Superbenzin kostete zehn und Strom knapp acht Prozent mehr. Insgesamt haben sich Güter des täglichen Bedarfs stark verteuert.
Gleichzeitig heißt es: „Den deutschen Banken geht es blendend". Große Institute verzeichnen Gewinnsprung trotz steigender Kapitalanforderungen. Zusammengenommen wiesen sie einen Gewinn nach Steuern von 5,3 Milliarden Euro aus. Dann noch: „Reiche werden reicher". Die Belastungen durch Steuern und Sozialbeiträge seien in Deutschland höchst ungleich verteilt.

43% Preissteigerung

Bis zu 43 Prozent sind in den letzten 12 Monaten die Preise bei einigen Lebensmitteln gestiegen. Weitere Preiserhöhungen sind zu erwarten.
Fred Schmid vom „institut für sozialökologische wirtschaftsforschung" betont, dass von den Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen derzeit die größte Gefahr für die Inflation ausgeht. Die „gefühlte Inflation" liegt denn auch bereits bei 5,2 Prozent - vor allem wegen der Preissteigerungen bei Obst, Gemüse und anderen Lebensmitteln.

Voller Tank schafft leere Teller

„Weizen kann auch reizen", verkündete vor kurzem ein Finanzzocker in den Börsennachrichten. Lapidar und zynisch machte er damit deutlich, dass mit Spekulationen an der Nahrungsmittelbörse Milliarden Dollar zu verdienen sind. Aber jeder Spekulationsdollar an der Nahrungsmittelbörse hat unmittelbar den Tod von Menschen zur Folge, weil immer mehr Menschen die verteuerten Grundnahrungsmittel wie Reis und Weizen nicht mehr bezahlen können.
Hinzu kommt: Ein Drittel der US-amerikanischen Maisernte wird bereits zu Biosprit verarbeitet. Voller Tank schafft leere Teller. Die Folge: Die Anzahl unterernährter Menschen ist weltweit von 13,5 Prozent im Jahr 2003 auf 15 Prozent (2009) gestiegen.

Alle drei Sekunden!

Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, stellte vor wenigen Tagen im Interview mit den österreichischen Online-Nachrichten fest:
„Alle drei Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37 000 Menschen sterben jeden Tag an Hunger und fast eine Milliarde Menschen sind auf diesem Planeten permanent schwerstens unterernährt - kein wirkliches Leben, keine Sexualität, keine Arbeit, Invaliden durch Hunger. Auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt, ist das eine Schande. Die Welt-Landwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung könnte problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren. Es gibt heute keine Fatalität. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet. Hungertod ist immer Mord."

Arm trotz Arbeit

Sieben Prozent der Beschäftigten in der Bundesrepublik zählen laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu den Working Poor, zu denen, die arm sind trotz Arbeit. Und in Zukunft dürfte die Zahl der arbeitenden Armen noch zunehmen, weil Geringverdiener immer öfter Haupt- statt Nebenverdiener sind. Aber auch für die „Normal" beschäftigten wird es leerer im Portemonnaie. Am Ende des Jahres 2011 werden die Tariflöhne im Durchschnitt um nur reale 1,7 Prozent gestiegen sein. Wenn die Verbraucherpreise aber in diesem Jahr um mindestens weitere 2,4 Prozent steigen, kommt es zu einem deutlichen Reallohnverlust. Und der Preisauftrieb beschleunigt sich derzeit nicht nur in Deutschland, sondern europa- und weltweit. Größte Preistreiber waren dabei Energie (+10,2 Prozent) und Nahrungsmittel (+3,4 Prozent).

Jetzt Lohnerhöhungen

Notwendig sind kräftige Lohnerhöhungen, um die Binnennachfrage anzukurbeln. Notwendig ist aber auch den mörderischen Zockern in den Finanz- und Bankinstituten die Grenzen aufzuzeigen und dem ein Ende zu setzen. Die Gewerkschaften, die sozialen Bewegungen, die politische Linke, ja die Bevölkerungen insgesamt, wären, am besten europaweit, dazu in der Lage. *Aus „Unsere Zeit" (UZ)*

„Unsere Zeit"
Wochenzeitung der DKP
Probeexemplare:
Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
e-Mail: NeueImpulse@aol.com

Friedensbewegung warnt vor Militarisierung

Der Einsatz gegen Libyen ist die erste „Bewährungsprobe" für die „neue NATO". Für die Bundeswehr heißt das: Statt derzeit etwa 7.000 gleichzeitig im Ausland einsetzbare Soldaten sollen es künftig rund 10.000 sein. Die Bundeswehr erhält eine effektivere Angriffsqualität. Sie wird erheblich kriegs- und interventionstauglicher. Es hat sich längst gezeigt – gleich, ob in Somalia, Kosovo oder in Afghanistan -, dass sich der von deutscher Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation eingeschlagene Weg, sich an Militärinterventionen zu beteiligen, ein Holzweg ist. Wir sagen: Es gibt keine humanitären Bomben! Und betonen noch einmal: Ein weiteres Festhalten an Kriegshandlungen in Afghanistan verlängert den Krieg. Nur ein unverzüglicher bedingungsloser Abzug der Bundeswehr eröffnet Friedenschancen am Hindukusch.

Minister de Maizière: *„zu den deutschen Sicherheitsinteressen"* gehöre: *„ein freier und ungehinderter Welthandel sowie den Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen."* Er bestätigt damit ausdrücklich die einschlägigen Äußerungen der beiden zurückgetretenen Politiker Horst Köhler (Bundespräsident) und zu Guttenberg (Verteidigungsminister).

Wir sagen: Den Zugang zu Rohstoffen in fremden Ländern mit Gewalt ermöglichen zu wollen, erfüllt den Tatbestand eines Wirtschaftskrieges und ist grundgesetz- und völkerrechtswidrig.

Experten befürchten, dass 2011 sogar ein Rekordjahr in Sachen Piratenüberfälle werden wird. Fachleute sprechen davon, dass eine Verfünffachung der Kriegsschiffe auf 150 notwendig wäre, um die Piraterie im Indischen Ozean militärisch erfolgreich zu bekämpfen. Wir sagen: Allein zivile Konfliktlösungsansätze und sozio-ökonomische Maßnahmen an Land können nachhaltig die Piraterie bekämpfen. Die deutsche Marinerüstungsstrategie, mit neuen, lange auf See einsetzbaren Fregatten und Korvetten Pirateriebekämpfung betreiben und mit ihnen fremdes Land beschießen zu wollen, ist der falsche Weg. Die Milliarden wären in sozialen Maßnahmen besser angelegt.

Die Regierung wird nicht umhin können Einschnitte in Rüstungsprogrammen vorzunehmen, um die Einsparsumme von 8,3 Milliarden Euro bis 2015 zu erbringen. Mit billigen Buchhaltungstricks Militärausgaben im Gesamthaushalt verstecken zu wollen, um so einen Beitrag zur Schuldenbremse vorzutäuschen, wird ebenso aufgedeckt werden, wie das Plagiieren von Doktorarbeiten.

Im Klartext: Die Bundeswehr wird kleiner, aber teurer.

Die Friedensbewegung wird ihr Engagement gegen den zunehmenden Militärinterventionismus und die damit einhergehende Militarisierung der deutschen Außen- und Innenpolitik verstärken.

Aus: Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt" helfen:

Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

FEST
DER SOLIDARITÄT
Pressefest der UZ
24.–26. Juni 2011
Dortmund
Revierpark
Wischlingen
UZ DKP

„Wir riskieren einen großen Krieg"

Dr. Paul Craig Roberts, ehemaliger US Vize-Finanzminister sieht die deutliche Gefahr eines Krieges zwischen den USA, China und Russland und wirft der amerikanischen Regierung einen waghalsigen und leichtsinnigen Umgang mit den beiden mächtigen Ländern vor. Während die Aufstände in Tunesien und Ägypten für die USA eher unerwartet erfolgten, gibt es Spekulationen darüber, dass die Amerikaner selber hinter den Revolten in Libyen und Syrien stecken. Russland und China beobachten diese Entwicklung kritisch.

Dr. Paul Craig Roberts: *Die libysche Revolte ist kein friedlicher Aufstand. Sie spielt sich nicht in der Hauptstadt ab. Es handelt sich um eine bewaffnete Revolte, die vom Osten Libyens ausgeht. Und wir wissen bereits, dass die CIA an Bodenaktivitäten beteiligt ist.*

Die USA haben kein Interesse daran, die Regierungen in Bahrain oder in Saudi Arabien zu stürzen, obwohl beide Regierungen mit Gewalt gegen Demonstranten vorgehen. Sie sind unsere Marionetten und wir unterhalten in Bahrain einen großen Marinestützpunkt.

Wir sind an einem Sturz von Gaddafi und Assad in Syrien interessiert, weil wir Russland und China aus der Mittelmeerregion vertreiben wollen. China hat im Osten Libyens enorme Investitionen im Energiesektor getätigt, ebenso wie in Angola oder Nigeria, um seinen Energiebedarf zu decken. Wir erleben die amerikanischen Anstrengungen, China diese Ressourcen streitig zu machen.

An den Protesten in Syrien sind wir interessiert, weil Russland in Syrien eine große Marinebasis unterhält und hierdurch in der Mittelmeerregion präsent ist. Sie sehen also, dass die Intervention in Libyen und das Bestreben auch in Syrien einzugreifen, für Washington mit der Absicht verbunden ist, die Russen und Chinesen dort loszuwerden. Ich denke, dass diese beiden Länder der amerikanischen Führungsrolle in der Mittelmeerregion im Wege stehen und natürlich wollen die USA dort weder eine starke russische Flotte noch die Beanspruchung von Energieressourcen durch China.

KOMMUNALES

INITIATIVEN DER DKP/LL-FRAKTION

Die DKP/LL beantragt, bei der ausführenden Firma auf die Wiederherstellung der Asphaltierung des „Egelsbacher Weges“ zu drängen.

Seit Herbst letzten Jahres wurden längs des Weges Kabelverlegearbeiten durchgeführt. Dabei wurden die Ränder des Weges sehr in Mitleidenschaft gezogen. Es ist zu befürchten, dass bei Nichtinstandsetzung in ein paar Jahren der komplette Straßenbelag erneuert werden muss.

Gehwege im Heinerweg durchgängig erneuern

Von Anwohnern wird moniert, dass ihre Straße bzw. der Bürgersteig dringend Reparatur nötig hat. Auf der südlichen Seite hat man teilweise die Gehwegplatten durch Verbundsteine ersetzt. Dazwischen sind noch Gehwegplatten. Und diese sind, vor allem vor dem Haus 14, lose. Eine Unfallgefahr für Passanten. Der Fußweg sollte schnellstens repariert werden. Die DKP/LL stellt einen dahingehenden Antrag.

Immer mal an den „blickpunkt“ denken!

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen:

Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Oh Mann

In der konstituierenden Sitzung des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses meldete sich ein Ausschussmitglied der SPD unter „Verschiedenes“ zu Wort und beantragte, die Drucksachen des Ausschusses nicht in rosa sondern in blau umzudrucken. Erhätte als Mann mit der Farbe „Probleme“! Wir wollen mal zu seinen Gunsten annehmen, dass der Antrag als Scherz gemeint war. Beim derzeitigen Gesamtzustand der SPD steht allerdings zu befürchten, dass der Spaßvogel die Sache ernst gemeint hat.

Der Präsi dreht ab

In der ersten Sitzung nach seiner Wahl überraschte der Stadtverordnetenvorsteher die Versammlung mit einer neuen „Sitzhöhe“. Er „thront“ jetzt mit dem Schriftführer einen halben Meter über dem Magistrat. Ob er dadurch wirklich mehr „Überblick“ gewinnt, wird sich weisen.

Magistrat gewählt

Alfred J. Arndt vertritt auch in der Wahlzeit 2011 - 2016 die DKP/Linke Liste im Magistrat. Für die Magistratsliste der DKP/LL wurden fünf Stimmen abgegeben.

Dringlichkeit abgelehnt

Gegen die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrags der DKP/LL gegen das Landebahn-Fest der Fraport sprach sich die SPD-Fraktion aus. Die Stadtverordnetenversammlung müsse keine Stellungnahme zu Betriebsfesten einer Firma im Umland abgeben. Letztlich sei es Sache jedes einzelnen Bürgers, ob er die Einladung der Fraport annimmt, sagte ihr Vorsitzender. Nur neun Stadtverordnete stimmten für die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung. Gerd Schulmeyer hatte für die DKP/LL daran erinnert, dass Stellungnahmen zu Fragen, bei denen die Stadt mit dem Flughafenbetreiber nach wie vor im Streit liegt, immer als dringlich zu betrachten sind. Die Zeiten sind offensichtlich auch für die meisten Grünen vorbei. Auf die Diskussion in der nächsten Sitzungsrunde darf man gespannt sein.

Mandatsträger der DKP / Linke Liste

Gerd Schulmeyer
Telefon 23366

Leo Spahn
Telefon 279147

Helga Fritz
Telefon 24996

Dietmar Treber
Telefon 0177-2150222

Alfred J. Arndt
Telefon 0172 6749996

Früher Bannwald heute „Happy Landings“

„Happy Landings! Wir feiern auf der neuen Landebahn.“
Werbung der Fraport.

Mit riesigem Werbeaufwand bereitet die Fraport ihr „Happy Landings - Das Flughafen-Fest“ vor. „Machen Sie mit uns die ersten Schritte auf der neuen Landebahn des Frankfurter Flughafens“ heißt es. Live-Bühnen, einen multimedialen Erlebnistunnel soll es geben, ein Kinderland und viele weiteren Attraktionen. Wir sind sicher, die Leute werden hinströmen. Wir sind aber auch sicher, viele werden sich später noch ärgern über den wachsenden Fluglärm bei Tag und Nacht. Er wird kommen, wenn die neue Bahn eröffnet und die Flugbewegungen sich fast verdoppeln werden. Wer ein erschreckendes Erlebnis sucht, dem empfehlen wir, die heutige Flughafen-Steppe im Norden anzusehen. Dort, wo noch zwei Jahren Bruchwald war, gibt es jetzt Zäune, Sperrgitter und Sand - viel Sand!

Erst die Feier dann der Krach

Die „Happy Landings“-Veranstaltung ist im Grunde infam. Fraport hat einen Millionen-Werbeetat (indirekte Steuergroschen) damit werden die großen Kampagnen, Anzeigen, die Zeitung "Start frei" und eben auch das „Happy Landings-Flughafen-Fest“ finanziert.

In unserer momentanen Event-Gesellschaft wird die Sache sicher auch zu einem Happening der besonderen Art werden. Wir sollten dabei nicht vergessen: Der Flughafen hat mit der neuesten Erweiterung den Menschen etwas unschätzbares weggenommen - Natur.

Wir haben deshalb allen Grund, nicht mit dem Nachbarn Flughafen einen Ausbau zu feiern, den wir aus guten Gründen ablehnen. Ein „guter Nachbar“ würde auf derartige „Volksfeste“ und „Siegesfeiern“ verzichten. Der „gute Onkel“ Fraport hat allerdings sicher gute Erfahrungen damit gemacht, sich mit „Brot und Spielen“ in die Herzen und Köpfe vieler Menschen zu schmeicheln. Auch die Parlamentsvertreter des Umlands werden herzlich eingeladen, im Juni *„... einen einzigartigen „Blick hinter die Kulissen“ zu werfen.“* Fraport und Lufthansa lassen nichts unversucht, ihren Einfluss zu erweitern. Und sie lassen sich das gerne auch was kosten - und ziehen das dann wieder von ihren Steuern ab. Bis heute ging dieses Konzept immer auf.

Von Ende Oktober an, wenn die neue Landebahn in Betrieb ist, werden am Frankfurter Flughafen zunächst rund sieben Prozent mehr Maschinen starten und landen. Das Bundesverkehrsministerium hat für den Winterflugplan den sogenannten Koordinierungseckwert, das heißt die Zahl der durchschnittlich möglichen Flugbewegungen je Stunde, von derzeit maximal 84 auf 90 erhöht.

Tritt die dem Ausbau des Flughafens zugrunde liegende Prognose zur Entwicklung des Luftverkehrs ein und steigt die Zahl der Starts und Landungen bis 2020 von derzeit 500.000 auf 700.000 im Jahr an, soll der Eckwert auf 126 angehoben werden, um den Betrieb bewältigen zu können. Entsprechende Werte hatte der Flughafenbetreiber Fraport AG schon mehrfach genannt.

Aber, wie wir alle wissen, „Nach dem Ausbau, ist vor dem Ausbau!“. Es soll weiter gehen! Der erste Abschnitt eines dritten Passagier-Terminals soll im Jahre 2016 fertiggestellt sein.

Stadtgeschichten

Anhand alter Postkarten lassen sich oft interessante Geschichten erzählen. So wird auf der Rückseite der heute gezeigten eingeladen zu einem Unterhaltungskonzert am Sonntag, den 6. März 1932, im Gasthaus „Zur Sonne". Ferner heißt es: *„Zum Vortrag gelangen die neuesten Schlager-Melodien aus Operetten und Tonfilmen. Erstklassige Kapelle, gestellt von der Musikvereinigung „Harmonie" Walldorf."* Erbaut wurde das Haus Nr. 28 von Wilhelm Tron und seiner Ehefrau Sophie zwischen 1815 und 1820 im östlichen Teil der Walldorfer Langstraße, dem früher „Armenviertel" genannten Ortsteil. Sie eröffneten damals auch die Gaststätte „Zur Sonne". Weitergeführt wurde das Lokal von seinem Sohn Hermann, der es um die Jahrhundertwende an Philipp Steckenreiter II verkaufte. Dieser betrieb mit seinen Söhnen im rückwärtigen Teil des Grundstückes ein „Geschäft", lt. einem Inserat aus 1927: *„Installationsarbeiten, Klosett und Badeeinrichtungen, Anlagen von Brunnen und Pumpen für Hand- und Kraftbetrieb, Latten- und Brennholzschneiden, Fruchtschroten".* Bis in die 1930er Jahre diente die Gaststätte mit eigener Apfelweinkelterei dem *„Verschönerungs- und Verkehrsverein"*, dem *„Türk'schen Männer-Quartett"* und dem *„Musikverein „Harmonie"* als Vereinslokal. Im Nebengebäude befand sich eine Kegelbahn und im Hof - unter kühlenden Kastanienbäumen - eine beliebte Gartenwirtschaft. Im Jahre 1954 wurde die Gaststätte geschlossen und bis 1964 befand sich dort die Poststelle Walldorf. Danach wurde das Lokal von verschiedenen Pächtern weitergeführt und zur Walldofer Kerb am 24. Oktober 2008 in modernisierten Räumen neu eröffnet.

klickpunkt dkp-mw.de klickpunkt dkp-mw.de klickpunkt dkp-mw.de

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Film: „Fritz Bauer - Tod auf Raten"
Donnerstag, 9. Juni, 20 Uhr
Eintritt: 4 € / 2 €

16 Bit - Konsolenabend
Freitag, 17. Juni, 20 Uhr

Das endgültige südhessische Ukulelenorchester
Samstag, 18. Juni, 20 Uhr
Eintritt: 7 € / 5 € / Karten im KuBa oder in der Musikschule Kolbe, Gerauer Str. 25

Das Vinyl wird gerettet!
Schallplattenabend
Donnerstag, 22. Juni, 20 Uhr
Eintritt frei

Querbeat - DJ-Abend
Freitag, 10. Juni, 20 Uhr
Eintritt frei

Quiz-Night
Freitag, 24. Juni, 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

„Eia bobeia, schlag's Giggelsche dod,
es legt mer kaa Aajer un
frisst mer moi Brot."

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de